

Ist das
gerecht?

Nicht alle zahlen in die Renten- kasse ein.



Das Problem

Die umlagefinanzierte Rente ist ein gutes System: Die Beiträge der Arbeitenden sind zugleich die Rentenzahlungen desselben Monats. Allerdings reichen die Einnahmen der Rentenkasse seit Jahren nicht mehr aus, Steuerzuschüsse sind notwendig. Ständig geistern Forderungen durchs Land, das Renteneintrittsalter müsse erhöht werden, eine Mindest-Rente sei nicht finanzierbar und überhaupt gebe es zu wenige Einzahlende bei einer wachsenden Zahl von Anspruchsberechtigten. Das aber verschleiert den Kern des Problems: Die „Beitragsbemessungsgrenze“ nimmt derzeit jeden Cent oberhalb eines Monatseinkommens von 7.100 Euro (West) bzw. 6.700 Euro (Ost) von der Beitragspflicht aus. Wer im Job, am Finanzmarkt oder auf andere Weise mehr einnimmt, muss dafür nicht in die Rentenkasse einzahlen.

Da ist es nicht verwunderlich, dass Geld in der Rentenkasse fehlt. Darüber freuen sich nur private Versicherungsunternehmen, die mit der Angst um die gesetzliche Rente für ihre privaten Produkte werben. Doch selbst wenn diese Verträge im Alter mehr abwerfen als eingezahlt wurde, oder wenigstens genauso viel, ist das für Beschäftigte deutlich teurer als ein höherer Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung. Außerdem erhalten viele Menschen für ihre Arbeit zu wenig Geld, um in private Altersvorsorge zu investieren. Ihnen droht Altersarmut, auch und besonders im Pflegefall. Denn für einen stationären Pflegeplatz werden schnell Eigenanteile von 2.000 Euro im Monat fällig.

Unsere Lösung

Die Rentenkasse muss durch mehr Menschen mit angemessenen Beiträgen gefüllt werden – wer viel einnimmt, soll sich nicht mehr aus seiner Verantwortung für die Solidargemeinschaft stehlen können. Die „Beitragsbemessungsgrenze“ muss weg. Wer hierzulande ein Einkommen erzielt, egal ob auf dem Arbeitsmarkt oder dem Finanzmarkt, sollte für dessen volle Höhe Beiträge leisten. Wir fordern, dass auch Selbstständige, Freiberufler und Abgeordnete in die gesetzlichen Versicherungssysteme einzahlen. Dieses Prinzip soll auch für die Pflegeversicherung gelten.

DIE LINKE.
LANDESGRUPPE SACHSEN

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag